

GESUNDHEITSPOLITIK SCHWEIZ

«Das BAG müsste bei manchen Krankenkassen den Stecker ziehen»

 Neue Zürcher Zeitung NZZ | 19.10.2023

Bei den Verwaltungskosten gibt es grosse Unterschiede – mehr als 250 Franken pro Person und Jahr halten Experten für nicht gerechtfertigt

Michael Ferber

Nach dem Schock bei den Krankenkassenprämien – sie steigen im kommenden Jahr im Durchschnitt um 8,7 Prozent – rücken die Verwaltungskosten der Kassen in den Fokus. Im Schnitt betragen diese 5,1 Prozent der Prämien, das entspricht 193 Franken 50 pro versicherte Person pro Jahr. Dies zeigt eine Analyse des Online-Vergleichsdiensts Comparis.

Damit haben die Kassen ihre Verwaltungskosten im Vergleich mit dem Vorjahr sogar leicht gesenkt. Es gibt aber auch Negativbeispiele: Bei der Krankenkasse Institut Ingenbohl beträgt der Verwaltungsaufwand pro versicherte Person 949 Franken. Weitere Anbieter mit hohen Verwaltungskosten sind die Krankenkasse Birchmeier mit 462 Franken oder die Krankenkasse Stoffel Mels mit 411 Franken pro versicherte Person.

«Man sollte hier knallhart einen Schnitt machen», sagt der Berner Gesundheitsökonom Heinz Locher. Kosten von 200 bis maximal 250 Franken pro versicherte Person hält er noch für gerechtfertigt. «Kassen, die darüberliegen, sollten die Prämien nicht genehmigt bekommen», sagt er.

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) könnte Kassen mit besonders hohen Verwaltungskosten die Bewilligung zur Durchführung der Grundversicherung entziehen, sagt Felix Schneuwly von Comparis. «Das BAG müsste bei manchen Krankenkassen den Stecker ziehen.» Bei der effizienten und günstigen Krankenkasse Turbenthal sei dies 2018 passiert, weil sie die Aufsichtsdaten nicht digital habe liefern wollen.

Der BAG-Sprecher Andrea Arcidiacono teilt dazu mit, die rechtlichen Hürden für einen Bewilligungsentzug aufgrund von unverhältnismässigen Verwaltungskosten seien sehr hoch. Die Forderungen von Locher und Schneuwly seien nachvollziehbar, entbehrten in dieser absoluten Form aber gegenwärtig einer rechtlichen Grundlage. Bis heute habe das BAG noch keinem Krankenversicherer aufgrund zu hoher Verwaltungskosten die Bewilligung entzogen.

Kleine Kassen sind innovativer

Im Falle des Spitzenreiters bei den Verwaltungskosten, der Krankenkasse Institut Ingenbohl, wird sich hier ohnehin bald etwas tun: Die Kasse wird per Anfang 2024 mit der Einsiedler Krankenkasse fusionieren, wie der Geschäftsführer Kurt Zwahlen auf Anfrage mitteilt. Durch die Fusion dürften die Verwaltungskosten sinken, meint er. Er verweist darauf, dass die Krankenkasse jüngst nur noch einen Versichertenbestand von rund 500 Personen hatte. «Das kann man nicht mehr eigenständig weiterführen», sagt er.

Auffällig ist, dass unter den Kassen mit hohen Verwaltungskosten einige kleinere Krankenkassen sind. «Viele kleine Kassen sind wirtschaftlich nicht überlebensfähig», sagt Locher. Sie profitierten davon, dass die grossen Kassen die Dienstleistungen des Verbands Santésuisse und seiner Tochtergesellschaft Tarifsuisse quasi allein bezahlten. Darunter fallen beispielsweise die Entwicklung von Tarifstrukturen oder der Einkauf von Leistungen. Locher sieht hier eine Art Quersubventionierung der kleinen Kassen: «Einige davon werden so künstlich am Leben erhalten.»

Klein sei aber nicht automatisch teuer und schlecht. Kleinere Krankenkassen müssten innovativer als grössere sein, wenn sie eine Existenzberechtigung haben wollten, sagt der Gesundheitsökonom. Innovation zeige sich bei Produkten, in der Informationstechnologie, bei der Servicequalität, der Kundenfreundlichkeit oder im Bereich Gesundheitsvorsorge.

Konsolidierung setzt sich fort

Auch Felix Schneuwly sieht im Markt kleinere Kassen, die konkurrenzfähig sind. Diese seien zumeist Nischenanbieter oder regional gut vernetzt. Fest stehe aber, dass die Hürden für Krankenkassen höher würden, es brauche beispielsweise immer mehr medizinisches Know-how.

Laut einer Statistik des BAG gab es im Jahr 2021 in der Schweiz noch 50 Krankenversicherer, im Jahr 2005 waren es noch 85 gewesen. Schneuwly rechnet damit, dass sich die Konsolidierung in den kommenden Jahren fortsetzt. Es gebe aber keinen Grund, dass der Staat die Strukturbereinigung vorantreibe, betont er.

Laut Comparis gehören einige grosse und mittelgrosse Anbieter zu jenem Viertel der Krankenkassen mit den höchsten Verwaltungskosten. «Dies ist eigentlich erstaunlich, zumal die Krankenversicherung ein Massengeschäft ist», sagt Schneuwly. Als Beispiele nennt der Vergleichsdienst die Krankenkassen KPT, Mutuel Assurance Maladie und Vivao Sympany.

Die effizientesten Anbieter waren gemäss der Analyse die Krankenkasse Luzerner Hinterland mit 105 Franken pro versicherte Person, die Walliser Sodalıs-Gesundheitsgruppe mit 121 Franken sowie die CSS-Tochter Arcosana mit 139 Franken.

Bei den Krankenkassen-Holding-Gesellschaften lag die CSS mit Verwaltungskosten von 156 Franken pro versicherte Person vorne, dann folgten Visana mit 161 Franken und Swica mit 194 Franken. Teurer waren die Groupe Mutuel mit 250 und Sympany mit 270 Franken.

Gesamtkosten ausschlaggebend

Reto Dietschi, Berater in den Bereichen Gesundheitswesen und Krankenversicherung, hält die Verwaltungskosten indessen für begrenzt aussagekräftig: «Mir als Prämienzahler ist es eigentlich egal, welche Verwaltungskosten meine Krankenkasse hat, solange sie mir eine günstige Prämie und einen guten Service bietet.» Die Versicherer mit den tiefsten Verwaltungskosten hätten nicht immer die niedrigsten Prämien.

Entscheidend sei letztlich, wie hoch die Gesamtkosten der Krankenkassen seien. An diesen machten die Verwaltungskosten lediglich rund 5 Prozent aus. Viel wichtiger seien die Leistungskosten, und die Kassen sollten sich aus Dietschis Sicht besser darum kümmern – etwa indem sie qualifiziertes Personal anstellten, um zu prüfen, ob die medizinischen Behandlungen im Einzelfall wirtschaftlich und zweckmässig seien. «Es gibt im System jede Menge missbräuchlicher Leistungen, die man mit intelligenten Systemen identifizieren kann», sagt er.

Die dafür nötigen, medizinisch qualifizierten Fachleute kosteten natürlich auch etwas, sparten aber ein Mehrfaches davon an Leistungskosten ein. «Es verhält sich etwa so wie bei Steuerkommissären: Jeder

Steuerkommissär bringt ein Vielfaches dessen ein, was er die Steuerverwaltung an Lohn kostet», sagt Dietschi.